

Schaffhauser Nachrichten



Das Intelligenzblatt – seit 1861
160. Jahrgang, Nummer 134
AZ 8200 Schaffhausen
Preis FR. 3,60
www.shn.ch

Eriksens Kollaps schockiert
Der Däne Christian Eriksen ist im EM-Spiel gegen Finnland (0:1) völlig unerwartet zusammengebrochen. / 23

Lieder-Matinée
Pianistin Lisa Wellisch und Bass-Bariton Szymon Chojnacki laden zu einer «Östlichen Romanze». / 10



Karin Keller-Sutter, Simonetta Sommaruga, Guy Parmelin und Alain Berset (von links) informieren im Rahmen der Medienkonferenz über die Abstimmungsergebnisse. BILD: KEY

Die Schweiz will nichts wissen von schärferen Klima-Massnahmen

Das neue CO₂-Gesetz hatte gestern keine Chance bei der Stimmbevölkerung: 51,6 Prozent sagten Nein. Damit fehlen nun neue Massnahmen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Bei den restlichen Vorlagen kam es zu keinen Überraschungen.

Dario Muffler, Andrea Tedesco und Reto Zanetti

BERN/SCHAFFHAUSEN. Die Gegner hatten es gehofft, die Befürworter je länger je mehr insgesamt befürchtet. Am gestrigen Abstimmungssonntag kam es tatsächlich so und das revidierte CO₂-Gesetz fand keine Mehrheit in der Schweizer Stimmbevölkerung. Kurz vor 18 Uhr stand das definitive Resultat fest: 51,6 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung legte ein Nein in die Urne. Im Kanton Schaffhausen waren es sogar 53,5 Prozent aller Stimmen, die gegen das neue Klimagesetz waren.

Mit dem Nein zu dieser Vorlage kommt es nun nicht zu einer politisch gewollten Erhöhung der CO₂-Abgaben, des Benzinpreises sowie der Einführung einer Flugticketabgabe und der Schaffung eines Klimafonds. Im Ge-

bäudebereich kommt es nun nicht zu schärferen Vorgaben, was den CO₂-Ausstoss betrifft.

Über dieses Abstimmungsergebnis gefreut hat sich gestern nur eine Partei: die SVP. Und mit ihr zeigte sich der Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter erleichtert: «Wir konnten aufzeigen, dass das Gesetz eine reine Umverteilungssübung ist.» Auf der Verliererseite stand der gesamte Rest des Parlaments – sowie der Bundesrat mit Simonetta Sommaruga (SP), der Vorsteherin des Umweldepartements. Sie zeigte sich enttäuscht über den Entscheid des Stimmvolks, wagte aber noch keine Interpretation des Abstimmungsergebnisses. Aber: «Wahrscheinlich war das Gesetz überladen», sagte sie gestern in Bern vor den Medien.

Die Frage, die gestern im Raum stand, lautete sodann: Wie geht es jetzt weiter? Für Sommaruga ist klar: Am Ziel des Pariser Klimaabkommens soll nicht gerüttelt werden. Es werde aber schwieriger, es zu erreichen. Seitens der Gegnerschaft signalisierte Hurter die Bereitschaft, ebenfalls an diesem Ziel arbeiten zu wollen. Der Dachverband der Schweizer Luft- und Raumfahrt, den Hurter präsidiert, habe einen umfassenden Massnahmenkatalog erstellt, der aufzeige, wie der

«Wahrscheinlich war das Gesetz überladen.»

Simonetta Sommaruga
Bundesrätin

CO₂-Ausstoss der Luftfahrt nachhaltig reduziert werden könne.

Deutliche Entscheide bei vier Vorlagen

Zu erwarten war hingegen das Nein zur Trinkwasser- und Pestizid-Initiative gewesen, aber mit jeweils über 60 Prozent wurden deutlich. Der befürchtete Stand-Land-Graben ist bei den Agrarvorlagen jedoch ausgeblieben. Lediglich der Kanton Basel-Stadt sprach sich mit 58,4 Prozent für die beiden Initiativen aus. Die Kantone Zürich und Schaffhausen hatten mit 52 Prozent und 55,8 Prozent den niedrigsten Nein-Anteil aller Stände. Den höchsten Anteil verzeichnete das Wallis.

Unbestritten waren letztlich das Covid-19-Gesetz und das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung (PMT). In Schaffhausen betrug die Zustimmung 57,6, respektive 56,4 Prozent. National lag sie bei beiden Vorlagen höher. Damit haben die «Freunde der Verfassung» eine erste Niederlage erlitten. Nun erwägt der Verein den Einstieg in die Parteipolitik – ein Weg, der nicht aussichtslos, aber dennoch schwierig ist, wie Silvano Moeckli, Politikwissenschaftler an der Universität St. Gallen, sagt. / 2 bis 5, Kommentar rechts

KÜNFTIG OHNE NETANJAHU

Mehrheit für Israels neue Regierung

JERUSALEM. Israels Parlament hat sich gestern zur Entscheidung über eine Ablösung des seit zwölf Jahren amtierenden Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu versammelt. Die geplante neue Regierung aus acht Parteien muss als letzte Hürde vor ihrer Vereidigung ein Vertrauensvotum bestehen. Das Bündnis um den früheren Oppositionsführer Jair Lapid und den designierten Ministerpräsidenten Naftali Bennett hat mit 61 der 120 Abgeordneten in der Knesset nur eine hauchdünne Mehrheit. (sda)

Lichtverschmutzung: Grüne scheitern mit ihrer Initiative

SCHAFFHAUSEN. Der Kanton Schaffhausen erhält keine neuen, weit gehenden Regeln für Aussenleuchten. Das Stimmvolk hat eine entsprechende Initiative der Grünen gestern abgelehnt und ist damit der Empfehlung der Kantonsregierung und der Parlamentsmehrheit gefolgt. Nur vier von 26 Schaffhauser Gemeinden stimmten für die Initiative. Der Ja-Anteil von 47,3 Prozent zeigt aber, dass die Grünen auch weit ausserhalb ihres eigenen Wählerspektrums Zustimmung für ihr Anliegen fanden.

Die Lichtverschmutzungsinitiative stiess in der Schaffhauser Bevölkerung insbesondere auf höhere Zustimmung als drei nationale Umweltvorlagen, über die gestern ebenfalls abgestimmt wurde. Der Schaffhauser Grünen-Präsident Roland Müller sagte gestern nach der Abstimmung, es gebe keinen Plan B. Es sei keine weitere Initiative geplant. Regierungsrat Walter Vogelsanger (SP) betonte, dass es ausreichende nationale Gesetze gebe, um die Lichtverschmutzung zu bekämpfen. (zge) / 15

HOHE STIMMBETEILIGUNG

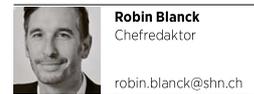
Neuhauser wollen neuen Industriepark

NEUHAUSEN. 56 Prozent der Neuhauser Stimmbevölkerung hat sich gestern für die Neugestaltung des Industrieparkes ausgesprochen. Der Kredit in Höhe von 1,47 Millionen Franken wurde bewilligt. Der Platz nahe der S-Bahn-Station Neuhausen Rheinfall und dem SIG-Areal wird heute als Parkplatz genutzt. Künftig soll er zum verkehrsfreien Begegnungsort werden. Hierfür sollen etwa neue Bäume gepflanzt und Bänke aufgestellt werden. Die Stimmbeteiligung lag bei hohen 64 Prozent. (sba) / 17

Kommentar

Das Volk justiert den Kurs nach

Der Weg in die Energie-Zukunft der Schweiz verläuft nicht entlang einer klaren Marschroute, sondern ist – wie das gestrige Resultat belegt – ein Vortasten und Abwägen: Noch 2017 sagte eine satte Mehrheit von 58,2 Prozent Ja zur «Energiestrategie 2050» sowie dem Atomausstieg und schlug damit ein forsches Tempo an. Die grüne Welle schwappte über die



Robin Blanck
Chefredaktor

robin.blanck@shn.ch

«Ökologie bleibt für die Schweiz weit oben auf der politischen Agenda.»

Schweizer Politik hinweg und die Grün-Parteien reichten seither Triumph an Triumph. Der gestrige Volksentscheid zur Revision des CO₂-Gesetzes justiert diesen kompromisslosen Grün-Kurs nach: Auch ökologische Themen müssen inzwischen damit rechnen, auf ihre wirtschaftlichen Auswirkungen hin beurteilt zu werden; und die CO₂-Vorlage konnte dieser Überprüfung nicht standhalten. Die vielen Nein-Stimmen gehen auf berechtigte Bedenken zurück, dass mit einer Annahme massive Mehrkosten verbunden gewesen wären, was gerade beim Mittelstand für Skepsis gesorgt haben dürfte. Das Parlament, dessen Arbeit nun eine Abfuhr erhalten hat, muss jetzt ausgereifere und zielgerichtete Lösungen erarbeiten, welche bei den Kosten überzeugende Antworten bringen und auf Verbote – auch verkaptete – verzichten. Dennoch: Ökologie bleibt für die Schweiz weit oben auf der politischen Agenda. Am erklärten Ziel eines sorgfältigeren Umgangs mit der Umwelt rüttelt das gestrige Nein nicht.

gsaat isch gsaa

«Ich werde Herrn Putin wissen lassen, was er wissen muss.»

Joe Biden
Der US-Präsident gibt sich im Vorfeld des Treffens in Genf kämpferisch. / 8

«Das ist noch Zukunftsmusik, aber ich bin überzeugt, dass dieses Konzert stattfinden wird.»

Guido Meier
Der Hallauer Schullehrer über die gemeinsame Oberstufe im Unterklettgau. / 20

«Das ist ein Traum. Ich bin sehr stolz, sehr zufrieden und glücklich.»

Novak Djokovic
Der Sieger des French Open nach sehr hartem Fünftageskampf gegen den Griechen Stefanos Tsitsipas. / 25



9 771420 600002

1 0 0 2 4